

## Überlegungen der SPD-Stadtratsfraktion zum Füssener Haushalt 2025 (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

**Der Finanzrahmen** der Stadt Füssen ist sehr eng geschnürt, seit langem. Die Steuerkraft je EinwohnerIn liegt in 2025 mit prognostizierten 1183,68 Euro um ein knappes Viertel unter dem schwäbischen Durchschnitt von 1536,74 Euro. Füssen ist eine strukturschwache Kommune, die ihre Finanzaufgaben seit einigen Jahren nur durch Unterstützung mit Stabilisierungshilfen leisten und seit vielen Jahren große Klimmzüge machen muss, um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Füssen leistet sich dabei keineswegs goldene Wasserhähne, muss aber seit Jahrzehnten damit zurechtkommen, dass seine Einnahmen –auch unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen– inzwischen Jahr für Jahr rund 5-7 Mio. Euro unter dem Durchschnitt vergleichbarer Allgäuer Städte liegen!

Jeder Euro, der ausgegeben werden soll, muss also genau überlegt und notfalls noch einmal umgedreht werden, ehe es zum Beschluss kommt. Aber der Stadtrat bzw. seine Ausschüsse haben diesmal den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in größtmöglicher Eile in nur zwei Sitzungen vorgestellt bekommen. Eine von der SPD beantragte eigene HSK-Sitzung zur intensiveren Beratung wurde mehrheitlich abgelehnt. Und auch in dieser heutigen Sitzung umfasst die Tagesordnung drei Seiten, unter der neben vielem anderen auch der Haushalt 2025 beschlossen werden soll. Da bleibt kaum Zeit zur konstruktiven Beratung.

Die Beratung und Verabschiedung des Haushalts ist aber eine der wichtigsten und folgeschwersten Aufgaben des Stadtrats – eine Aufgabe, die nicht zwischen Tür und Angel erledigt werden kann. Das ist auch eine Frage der Transparenz, die wir hier jedenfalls bei weitem nicht ausreichend gegeben sehen, zumal die sehr umfangreichen Unterlagen nur sehr knapp vor den Sitzungen vollständig vorlagen.

**Der Haushalt** ist kein Sachverhalt, der unter anderem abgehandelt werden kann, vielmehr **muss er gründlich bedacht und beraten werden**, ehe es zu einem Beschluss kommt. Ja, das erfordert Zeit, doch diese ist dringend notwendig, um die Linien städtischer Finanzpolitik nachhaltig und zukunftsweisend zu erarbeiten und positiv zu gestalten, um nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu suchen, aber auch weitergehende, dringend nötige Ausgaben zu erkennen und einzuordnen.

Es gibt an etlichen Stellen unseres Haushalts durchaus Möglichkeiten zur Neuausrichtung, aber leider gibt es hierüber kaum Diskussionen im Stadtrat. Darüber müsste vertieft nachgedacht und miteinander beraten werden, darum wenigstens hier **einige Anmerkungen**:

- Die **Einsparungen im Ehrenamtsbereich, in der Kultur und Bildung haben eine Grenze überschritten**, die den Bestand der betroffenen Einrichtungen und Organisationen gefährden. Der Umgang mit den neuen Mietverrechnungen für städtische Räumlichkeiten stößt viele Betroffene vor den Kopf und erntet sogar im Landkreis Kopfschütteln und Unverständnis, Beispiel VHS. Diese Vorgehensweise ist jedenfalls kein überzeugendes Zeichen der Wertschätzung für das Ehrenamt, wie sie in Sonntagsreden immer wieder betont wird. Glücklicherweise ist wenigstens im Museumsbereich eine Erhöhung der Zuschüsse geplant.

Eine große Belastung für die Familien stellen die Gebührenerhöhungen bei den Kindertagesstätten dar. Auch wenn diesmal erfreulicherweise und vielleicht auch dem letztjährigen Druck der SPD geschuldet die betroffenen Eltern mit einbezogen worden sind und diese ihr Einverständnis für die schrittweise Anhebung um jeweils 20 Euro/Monat in 2025 und 2026 gegeben haben, muss frühkindliche Bildung für alle Kinder erreichbar sein und ist anderswo sogar kostenlos. Die Gefahr ist groß, dass nach den Gebührenerhöhungen vermehrt Kinder nun gar nicht mehr zur Kita angemeldet werden.

- **Der Anstieg der städtischen Schulden** stagniert zunächst: durch die bereits überwiesene Stabilisierungshilfe 2025 und aufgrund der vorgezogen überwiesenen Fördergelder für die Schulsanierung kann die Gesamthöhe der Schulden derzeit begrenzt werden. Aber dies ist nur eine Momentaufnahme, denn die Ausgaben, für die die Fördergelder vorgesehen sind, stehen im Jahr 2025 an. Dann werden die bereits genehmigten und notwendigen weiteren Kreditaufnahmen den Schuldenstand deutlich nach oben treiben.

- Der **Bundesstützpunkt Eishockey und Curling ist ein Aushängeschild unserer Stadt, zugleich aber ein enormer Kostenfaktor**: Einsparungen bei geplanten Ausgaben in Höhe von knapp einer halben Million Euro sind eine spürbare Entlastung für den Haushalt; an dieser Stelle darf auch dem Bund und der bisherigen Ampelregierung für die neuen Fördermöglichkeiten gedankt werden, wodurch in Folge auch auf Landesebene mehr Gelder bereit gestellt worden sind; dennoch verbleiben für den BSP allein geplante Betriebskosten in Höhe von rund 870 000 Euro und Investitionskosten von 100 000 Euro, die die Stadt Füssen in 2025 im Haushalt aufbringen muss. Auch hier muss über Möglichkeiten nachgedacht werden, die Einnahmeseite zu stärken.

- Die **Anpassung der Gebühren** für Wasser und Abwasser stellt für die Bürgerinnen und Bürger eine hohe Belastung dar. Die gesetzlichen Vorgaben sind hier aber klar und müssen befolgt werden. Eine kostendeckende Bewirtschaftung ist ein wichtiges Ziel, das aber noch nicht überall erreicht ist.

- Darum ist die Frage der **Steuereinnahmen, die die Kommune selbst mitgestalten kann**, von großer Bedeutung. Starke Schultern können mehr tragen! Der Verzicht auf weitere moderate Erhöhungen - wie wir sie in der Vergangenheit vorgeschlagen hatten - kostet Einnahmen, die dringend benötigt werden. Hier geht es um eine strukturelle Verbesserung der städtischen Finanzen.

- **weitere mögliche Risiken und Belastungen, nur zwei Beispiele:**

- die Kosten des Radwegbaus in Hopfen, die bei der Kommune verbleiben (Kosten für Planung, Baudurchführung, Bauüberwachung und Unterhalt) sind nicht eigens im Haushalt aufgeführt.

- Welche Auswirkungen auf die Parkierungserlöse hat die jüngste Regelung der Staatsregierung, der zufolge E-Autos künftig überall auf öffentlichen Parkplätzen drei Stunden kostenlos parken dürfen? Auch hier gibt der Haushalt keine Antwort.

Es bleibt festzuhalten:

**Der Stadtrat muss sich dringend dem langwierigen und mühevollen Prozess einer konstruktiven Aufgabenkritik stellen:** was muss unsere Stadt leisten, was kann gemacht und worauf muss verzichtet werden, um Kosten zu sparen?

**Wo ist eine längerfristige Perspektive erkennbar, die eine dem Gemeinwohl verpflichtete Stadtentwicklung aufzeigt**, und nicht allein spontanes Reagieren auf kurzfristige Ereignisse darstellt?

**Die SPD-Fraktion kann den vorgelegten Haushalt nicht mittragen und lehnt ihn ab.**

**Die SPD-Fraktion bedankt sich beim Team der Kämmerei unter Leitung von Frau Kaltenbrunner, wie auch bei der gesamten Stadtverwaltung für ihre engagierte Arbeit unter schwierigen Bedingungen.**

Füssen, den 17.12.2024

Ilona Deckwerth und Georg Waldmann

SPD-Stadtratsfraktion